

BSW Essen

**Kommunalwahl
Programm 2025**

**Sozial.
Lebenswert.
Gerecht.**

**14.9.
BSW wählen.**

BSW.

Weil es um Euch geht!

Mehr
erfahren



Essen – unsere Stadt verdient mehr

Essen: Als sozial gerechte Stadt

In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich unsere Stadt Essen von einer bedeutenden Industriemetropole hin zu einer Stadt, welche tiefgreifende Krisen durchlebt. Vom einstigen Glanz ist nicht viel geblieben. Heute erleben viele Essener ein gestiegenes Unsicherheitsempfinden, eine hohe Arbeitslosenquote, das Aussterben der Innenstadt und die steigende soziale Spaltung unserer Stadt. Während immer mehr Städte in NRW mit gleichen oder ähnlichen Problemen kämpfen, steckt die Bundesregierung Hunderte Milliarden in Waffen und Kriege.

Wer das BSW bei der Kommunalwahl wählt, stärkt mit seiner Stimme die einzig konsequente Friedenspartei in Deutschland und verleiht damit konsequenter Friedenspolitik auch auf Bundesebene mehr Gewicht.

Wer das BSW bei der Kommunalwahl wählt, setzt damit auch ein klares Zeichen gegen eine Politik, die die Städte und Gemeinden finanziell ausbluten lässt und zunehmend handlungsunfähig macht. Wir brauchen starke Kommunen mit soliden Finanzen, damit das Leben vor Ort wieder funktioniert.

Den Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte stellen wir uns als Bündnis Sahra Wagenknecht entgegen und planen, allen Essenern ein sicheres Lebensumfeld zu ermöglichen, welches finanziell erschwinglich ist und in dem sie sich selbst verwirklichen können. Den drohenden weiteren sozialen Abstieg unserer Stadt gilt es zu verhindern, indem wir Essen modernisieren, Lebensperspektiven fördern, Kriminalität senken und die soziale Mobilität fördern.

Wir als BSW wollen Essen zu einer für alle Bürger lebenswerten und zukunftsfähigen Stadt weiterentwickeln. Für die notwendigen Erneuerungs- und Modernisierungsprozesse dürfen wir die Probleme unserer Stadt nicht tabuisieren, sondern müssen diese in den Mittelpunkt politischer und gesellschaftlicher Debatten stellen. Dies umfasst das Politikversagen bezüglich des bundesweit bekannten Nord-Süd-Gefälles, Bildung und der kommunalen Wirtschaft. Um diese Probleme anzugehen, bedarf es Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Krankenhäuser, anstatt Unsummen in die Kriegsfähigkeit zu investieren. Für die Zukunft unserer Stadt braucht es eine Wiederbelebung des Aufstiegsversprechens, anstatt eine Abstiegsellschaft zu etablieren.

Diese soziale Trennung unserer Stadt wollen wir überwinden und die Lebensqualität aller Stadtteile erhöhen. Für eine Umsetzung dieser Ziele benötigt es insbesondere eine deutlich bessere Stadtplanung. Denn die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte sind nicht die Schuld der im Norden lebenden Menschen, sondern das Produkt einer versagenden Politik der alten Parteien, welche zum einen die Fehlentwicklungen leugnen und zum anderen nicht in der Lage sind, sich diesen entgegenzustellen. Wir sagen: Schluss damit! Wir brauchen

eine Politik, **die soziale Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Vernunft in den Fokus** nimmt.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) tritt in Essen an, um eine neue politische Alternative zu etablieren. Unsere Politik richtet sich nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen in unserer Stadt, frei von ideologischen Scheuklappen und den Interessen mächtiger Lobbyverbände. Exemplarisch steht hier etwa die Lastenverteilung bei der Integration. Anstatt neu ankommende Flüchtlinge insbesondere auf jene Stadtteile zu verteilen, welche geringere Kita- und Schulauslastungen haben, werden diese Menschen in ärmeren Stadtteilen verteilt und die ohnehin angespannten sozialen Verhältnisse verschärft. Es benötigt bei der Stadtplanung eine bessere Koordination zwischen Infrastruktur, Wohnquartieren und Großprojekten, unter Berücksichtigung der Lebensrealitäten in den einzelnen Bezirken und Stadtteilen.

Durch eine bessere Stadtplanung können die Probleme und Herausforderungen vor Ort besser angegangen werden und auf die individuellen Charakteristika der Stadtteile und Bezirke kann gezielt eingegangen werden. Im Rahmen dessen soll soziale Durchmischung gefördert werden und finanziell bedingte Abwanderung aus dem Essener Süden verringert werden. Zudem muss die Belastung der bestehenden städtischen Infrastruktur, wie Auslastung von Kindergärten und öffentlichem Nahverkehr, mehr berücksichtigt werden, um mögliche zusätzliche Strapazierung gering zu halten. Durch eine bessere Stadtplanung könnte der Haushalt zudem effizienter genutzt werden.

Dieses Programm legt die Grundlage für unsere politische Arbeit im Rat der Stadt Essen. Es benennt die zentralen Handlungsfelder und unsere Lösungsansätze für eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, dieses Programm mit uns zu diskutieren, es durch weitere lokale Perspektiven zu bereichern und gemeinsam mit uns die Zukunft unserer Stadt zu gestalten.

1. Essen: Eine Stadt des Friedens

Für das BSW gilt die klare Ansage von Willy Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Für den heutigen SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius gilt hingegen: „Mit Bildung und Sozialleistungen lässt sich dieses Land nicht verteidigen.“ (ZEIT Online, 21.05.2025). Dementsprechend haben CDU/Grüne/SPD die Schuldenbremse ausschließlich für unbegrenzte Aufrüstung aufgehoben. Und ein Großteil des 500 Milliarden Euro-„Sondervermögens“ (also Schulden!) soll für kriegstauglichere Brücken, Straßen, Schienen und unterirdische Krankenhäuser ausgegeben werden.

Auch Städte können und müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zum Frieden leisten. Das Grundgesetz verpflichtet uns in Art. 1 Abs. 2, die Menschenrechte als Grundlage des Friedens in der Welt zu achten. Diese Verpflichtung gilt auf allen staatlichen Ebenen,

auch in unserer Stadt. Während andere auf Aufrüstung setzen, hält das BSW daran fest: Dauerhafter Frieden wird nicht durch immer mehr Waffen geschaffen.

Als BSW stehen wir für eine Politik der Friedensförderung, der Konfliktlösung durch Diplomatie und der Förderung von internationaler Zusammenarbeit. Das Programm des Netzwerks Mayors for Peace, in dem die Stadt Essen Mitglied ist, soll konsequent umgesetzt werden: Eine Kultur des Friedens fördern als resiliente Stadt in einer Welt ohne Atomwaffen.

Im Rahmen des „Operationsplan Deutschland“ soll die zivil-militärische Zusammenarbeit massiv ausgebaut werden. Das BSW wird sich dem auch vor Ort konsequent entgegenstellen: Wir brauchen keine Bunker und panzertauglichen Brücken, sondern lebenswerte Städte! Wir setzen uns für eine konfliktpräventive Kommunalpolitik ein. Die Stadt Essen soll ihre Selbstverwaltung wahren und sich nicht in militärische Planungen einbinden. Anstatt Milliarden in die Kriegsfähigkeit Deutschlands zu investieren, müssen die wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Fokus stehen.

Die Stadt Essen soll Friedensbildung in Schulen fördern. Zum Erziehungsauftrag gehört laut Schulgesetz die Erziehung zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung. Im Rahmen der aktuell vorangetriebenen Kriegsertüchtigung abgehaltene Bundeswehrveranstaltungen an Schulen laufen diesen Zielen zuwider. Wir fordern, dass der Beutelsbacher Konsens – das grundlegende Prinzip der politischen Bildung – eingehalten wird. Dazu gehört, dass kontroverse sicherheitspolitische Positionen sichtbar gemacht werden und keine einseitige Werbung für militärische Laufbahnen betrieben wird. Daher fordern wir eine Stärkung der Friedensbildung.

Wir setzen uns für eine Aufklärung über das Widerspruchsrecht gegen die Weiterleitung und Veröffentlichung von Meldedaten ein. Der momentan ausgesetzte Musterungszwang für Jugendliche tritt im Spannungs- oder Verteidigungsfall wieder in Kraft. Zu diesem Zweck erfolgt eine automatische Datenweitergabe der Meldebehörden an die Bundeswehr. Nach § 58c Abs. 1 S. 2 Soldatengesetz mit Verweis auf § 36 Abs. 2 des Bundesmeldegesetzes ist es möglich, dieser Datenweitergabe zu widersprechen oder die Löschung der Daten zu verlangen. Jugendliche sollen frühzeitig über ihr Widerrufsrecht beim Einwohnermeldeamt informiert werden.

Jeder Einsatz von Atomwaffen würde katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen, auch für unsere Stadt. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Rat der Stadt Essen dem Appell des amtierenden Oberbürgermeisters anschließt und so wie bereits über 143 Städte und vier Bundesländer die Bundesregierung auffordert, dem UN-Verbotsvertrag von Atomwaffen beizutreten und somit deren Einsatz, Lagerung und Transport in Deutschland zu verbieten.

Wir befürworten die Wiederbelebung der derzeit ruhenden Städtepartnerschaft zwischen Essen und Nischni Nowgorod (Russland). Zusätzlich regen wir die Aufnahme einer Städtepartnerschaft zwischen Essen und einer ukrainischen Stadt an, etwa die Intensivierung der Solidaritätspartnerschaft zu Riwne (Ukraine). Des Weiteren wird eine Städtepartnerschaft zu einer palästinensischen Stadt, etwa Ramallah, angestrebt.

Wir fordern Transparenz bzgl. Messen zur Kriegsertüchtigung. Das BSW spricht sich gegen die seit 2015 in Essen stattfindende Kriegsplanungskonferenz des JAPCC sowie gegen die ab 2026 geplante Rüstungsschau Euro Defence Expo in der Messe Essen aus. Im Kontext der kriegstreiberischen Politik der Bundesregierung betrachten wir Messen dieser Art mit Sorge und setzen uns für Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit bezüglich der auf der Messe geplanten Aktivitäten ein.

Zusätzlich soll keine kommunale Förderung von Rüstungsbetrieben stattfinden. Dies schließt die Berücksichtigung bei Vergaben mit ein.

2. Städtische Finanzen: Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, gerecht investieren

Seit 40 Jahren reden SPD- und CDU-Kommunalpolitiker über die Notwendigkeit einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen.

Das sind genau dieselben Parteien, die in all diesen Jahren mit wechselnden Koalitionspartnern die Bundes- und NRW-Landesregierungen stellen. Aber nichts ändert sich zum Besseren.

Im Gegenteil: Die finanzielle Lage der meisten Großstädte in NRW ist mittlerweile besorgniserregend. Ihnen werden stetig neue Aufgaben von Bund und Land übertragen, ohne dass eine adäquate finanzielle Ausstattung sichergestellt wird. Diese Praxis untergräbt die kommunale Selbstverwaltung und führt zu einem erheblichen Investitionsstau, der sich in vernachlässigten Schulen, schlechten Straßen und fehlenden sozialen Angeboten widerspiegelt. Eine hohe Verschuldung, oft verursacht durch Kassenkredite zur Deckung laufender Haushaltsdefizite, schränkt die kommunale Handlungsfähigkeit drastisch ein.

Das BSW fordert daher eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen. Bund und Land müssen eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzausstattung der Städte sicherstellen. Das Prinzip "Wer bestellt, bezahlt!" muss endlich konsequent umgesetzt werden – keine neuen Aufgaben ohne vollständigen finanziellen Ausgleich. Solche Mehrkosten sind, wenn wir sie schon ausführen müssen, vollumfänglich von der anordnenden Stelle zu tragen. Wir unterstützen zudem eine faire Lösung für die drückende Altschuldenproblematik vieler Großstädte. Städte müssen wieder mehr Autonomie bei der Festlegung ihrer Ausgabenprioritäten erhalten und dürfen nicht länger von der Tropf-Politik kurzfristiger Förderprogramme abhängig sein.

Kreisfreie Städte tragen eine immense finanzielle Last, da sie das gesamte Spektrum kommunaler Aufgaben finanzieren müssen – von der Kita bis zum Berufskolleg, vom lokalen Park bis zum Gesundheitsamt. Hohe Sozialausgaben, Sanierungsstau bei Infrastruktur und Gebäuden sowie oft erhebliche Altschulden engen den Handlungsspielraum dramatisch ein. Die Abhängigkeit von schwankenden Gewerbesteuererträgen und unzureichenden Zuweisungen von Bund und Land verschärft die Situation.

Das BSW fordert eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen, die die besonderen Belastungen kreisfreier Städte berücksichtigt und ihnen eine verlässliche, auskömmliche Finanzierung garantiert. Eine faire und nachhaltige Lösung für das Altschuldenproblem ist überfällig und muss von Bund und Land getragen werden. **Das Prinzip der Konnexität ("Wer bestellt, bezahlt!") muss hier gelten, insbesondere wenn von übergeordneten Stellen nicht ausreichend finanzierte Aufgaben gefordert werden.**

Wir stehen für eine solide und transparente Haushaltspolitik in unserer Stadt. Priorität haben Investitionen in soziale Gerechtigkeit, Bildung, öffentliche Infrastruktur und Klimaschutz. Privatisierungen städtischen Eigentums oder öffentlicher Dienstleistungen lehnen wir ab, da sie oft zu Lasten der Bürger und der Qualität gehen. Lokale Steuern, insbesondere die Grund- und Gewerbesteuer, müssen sozial ausgewogen gestaltet sein und dürfen kleine und mittlere Einkommen sowie den lokalen Mittelstand nicht überfordern.

In Essen werden wir uns dafür einsetzen, alle Einsparpotenziale in der Verwaltung zu heben, ohne dabei notwendige Dienstleistungen zu kürzen. Wir fordern eine gerechtere Verteilung der Finanzmittel von Bund und Land und werden uns aktiv für die Altschuldenhilfe stark machen. Städtische Unternehmen (z. B. Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften, Verkehrsbetriebe) sollen in öffentlicher Hand bleiben und ihre Gewinne dem Gemeinwohl dienen.

3. Wirtschaft und Arbeit: Standort stärken, gute Arbeitsplätze schaffen

Um Essen zukunfts- und konkurrenzfähig zu machen, bedarf es einer starken und innovativen Wirtschaft. Diese sichert zum einen die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt und zum anderen wird die Lebensqualität unserer Stadt durch gute Jobs verbessert.

Neben großen Unternehmen bilden vielfältige kleine und mittlere Betriebe, Handwerk, Handel und Dienstleistungen das Rückgrat unserer Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund stellt sich das BSW den Herausforderungen des Strukturwandels, der Sicherung von guten Arbeitsbedingungen, des Fachkräftemangels und der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung.

Auf Grundlage dieser Herausforderungen bauen wir auf eine vielfältige und widerstandsfähige städtische Ökonomie. Der lokale Mittelstand soll durch gezielte Programme und Bürokratieabbau unterstützt werden.

Gleichzeitig wollen wir kleine und mittelständische Unternehmensgründungen bereits in der Gründungsphase beim Bewältigen von bürokratischen Hindernissen unterstützen. Hierfür fordern wir ein digitales Unterstützungsangebot mithilfe einer App und städtische Ansprechpartner. Darüber hinaus erwarten wir von allen Unternehmen, insbesondere den großen, soziale Verantwortung und die Schaffung guter, tarifgebundener Arbeitsplätze.

Essen muss seine Einflussmöglichkeiten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nutzen, um soziale und ökologische Standards durchzusetzen. **Unternehmen der Rüstungsindustrie dürfen keine städtische Wirtschaftsförderung erhalten und sollen bei Vergaben nicht bevorzugt werden.** Wir fördern Innovation, insbesondere in den Bereichen

Umwelttechnologie, Digitalisierung und soziale Dienstleistungen. Städtische Unternehmen, wie die Ruhrbahn, sollen gestärkt werden und als Anbieter guter Arbeitsplätze vorangehen.

Um die Wirtschaft Essens zu stärken, braucht es genügend Fläche für bestehende und neue Unternehmen. Deswegen müssen stillgelegte und brachliegende Industrieflächen für das Gewerbe freigegeben werden. Denn wir benötigen in Essen moderne und zukunftssträchtige Jobangebote.

Die Ansiedlung von Betrieben muss qualitativ gesteuert werden, um Umweltbelastungen zu minimieren und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Für mehr Innovation werden wir die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen intensivieren. Ein weiteres zentrales Element für einen starken Wirtschaftsstandort Essen ist die bedarfsorientierte Ausrichtung von Aus- und Weiterbildungen. Im Fokus dessen stehen insbesondere die städtischen Berufskollegs.

Das BSW Essen stellt sich gegen den Bau von Prestigeprojekten. Statt das Geld in solchen Projekten zu versenken, fordern wir, in die Zukunft unserer Stadt zu investieren. Dies betrifft zum Beispiel den geplanten Bau einer neuen Veranstaltungshalle. Wenn diese Halle voraussichtlich gewinnbringend finanzierbar wäre, würden sich Investoren finden, welche die Halle bauen würden.

Statt gigantische Summen in Projekte zu stecken, deren Erfolg ungewiss ist, benötigt Essen Investitionen. Dies umfasst zum einen städtische Investitionen in die Infrastruktur, welche zunehmend auseinanderfällt. Zum anderen benötigen wir Anreize für private Investitionen, wie etwa durch eine leichte Senkung der Gewerbesteuer. Jedoch gilt es bei den Anreizen für private Investoren stets zu beachten, dass dies keine weiteren Privatisierungen und Kommerzialisierungen von existenziellen Dienstleistungen, wie etwa im Bereich Gesundheit, mit sich bringt.

Zusätzlich wollen wir die Attraktivität der Innenstadt erhöhen, anstatt die Parkgebühren im Innenstadtbereich zu erhöhen. Denn wir brauchen kreative Ansätze, um die Innenstadt wieder mit Leben zu füllen, anstatt die Attraktivität des Online-Handels oder anderer Einkaufsstädte zu erhöhen. Dies umfasst unter anderem die Förderung von familienfreundlichen Bereichen in der Innenstadt, damit das Einkaufserlebnis von Familien verbessert wird. Bei der Entwicklung der konkreten Ansätze sehen wir insbesondere die Essener Marketingfirma in Verantwortung.

4. Soziales, Jugend und Gesundheit

Das BSW Essen tritt für eine starke, solidarische Stadtgesellschaft ein, in der niemand zurückgelassen wird. Um der Verantwortung unserer Stadt nachzukommen, bedarf es personell gut ausgestatteter Jugendämter, Gesundheitsämter und sozialer Beratungsstellen in allen Stadtteilen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich Krankenhäusern und Fachärzten, muss für alle Bürgerinnen und Bürger gesichert sein. Neben der personellen und materiellen Ausstattung der Ämter und Krankenhäuser wollen wir eine Angebotsstruktur in

Essen schaffen, welche allen Menschen unabhängig von Alter, sozialer Herkunft und dem Stadtteil Unterstützung bietet.

Ein zentrales Element hierfür ist die Stärkung der unterfinanzierten Jugendarbeit. Insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheit braucht es eine Angebotsvielfalt für Jugendliche und junge Erwachsene, welche bei Bedarf Halt gibt und bei der persönlichen Entwicklung hilft. Bei der Jugendarbeit gilt es zu beachten, dass der Aufbau von Kapazitäten dort stattfindet, wo der Bedarf am höchsten ist. Das BSW Essen will zielgerichtet Jugendliche und junge Erwachsene bei ihrer Entwicklung zu mündigen und selbstständigen Bürgern stärken und nicht nur das Portfolio der Stadt vergrößern.

Im Rahmen dessen sehen wir einen erhöhten Handlungsbedarf bei dem Aufbau von zusätzlichen Kapazitäten im Essener Norden. Denn dieser kennzeichnet sich unter anderem durch eine höhere Quote von Schulabbrechern und eine überdurchschnittliche Kriminalitätsrate. Besonders hier müssen Lebensperspektiven aufgezeigt werden. Gleiches gilt für den Einsatz von Streetworkern. Diese braucht es insbesondere dort, wo sich Obdachlose, Drogenabhängige und Jugendliche in prekären Situationen aufhalten.

Zugleich soll der Bedarf an Jugend- und Sozialarbeit im Essener Süden bedacht werden. Jedoch muss beachtet werden, dass der Unterstützungsbedarf sich häufig unterscheidet. Während im Essener Norden die Förderung der Lebensperspektiven im Vordergrund steht, muss im Essener Süden ein größerer Fokus auf Themen wie emotionale und soziale Entwicklung gelegt werden.

Zudem brauchen Familien, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen passgenaue Unterstützung und barrierefreie Angebote. Niemand darf von der Stadt zurückgelassen werden. Gleiches gilt für die Armutsbekämpfung. Wir wollen der Armut mit sozialen Programmen und mit fairen Bedingungen am Arbeitsmarkt begegnen.

Zusätzlich engagieren wir uns für eine bessere Versorgung mit Trinkwasserbrunnen. Denn Trinken stellt ein Grundbedürfnis dar, welches kostenlos sein sollte. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der häufigeren Hitzeperioden, dem steigenden Durchschnittsalter unserer Stadt, der gestiegenen Obdachlosigkeit und der hohen Armutsquote unserer Stadt.

Bibliotheken und Volkshochschulen leisten einen wichtigen Beitrag für die individuelle Bildung und kulturelle Bereicherung. Das BSW unterstützt das lebenslange Lernen. Deswegen wollen wir diese städtischen Institutionen stärken.

5. Bildung: Faire Chancen unabhängig von sozialer Herkunft

Wir erkennen Bildung als den Schlüssel für ein erfolgreiches und zufriedenes Leben an. Bildung ist ein unabdingbarer Bestandteil für eine sozial gerechte Gesellschaft.

In einer sozial gerechten Gesellschaft darf der Bildungserfolg weder vom Elternhaus noch von der Postleitzahl bestimmt werden. Vielmehr sollen die Fähigkeiten und Interessen der Kinder und Jugendlichen maßgeblich für ein erfolgreiches Abschließen des Bildungsweges sein.

Im Rahmen dessen setzen wir uns für ein starkes Bildungssystem ein, welches die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt. Die Planung der Schulentwicklung muss soziale Spaltungstendenzen adressieren und für eine gute Verteilung von hochwertigen Bildungsangeboten über das gesamte Stadtgebiet sorgen.

Umso erschreckender ist, dass in keinem anderen Industrieland außer den USA die Bildungschancen der Kinder so eng an dem Einkommen der Eltern hängen, wie in Deutschland. Verantwortlich für die extreme Chancenungleichheit sind SPD/CDU/Grüne/FDP, die seit Jahrzehnten in den Bundesländern und im Bund in wechselnden Koalitionen die Regierungen stellen.

Bildung in der Kita

Die Kita ist für die meisten Kinder der Eintritt in das deutsche Bildungssystem. Hier werden sowohl soziale als auch geistige Fähigkeiten der Kinder gefördert und weiterentwickelt. Zugleich leisten die Kindertagesstätten einen wesentlichen Anteil daran, dass beide Elternteile gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilnehmen können. Hinzu kommt, dass den Kitas seit den letzten Jahren eine steigende Rolle bezüglich Kompetenzen wie Spracherwerb und Integration zukommt.

Um diesen steigenden Erwartungen gerecht zu werden, wollen wir kommunale Förderungen für Kitas speziell in die Stadtteile lenken, welche besonders stark von den neuen Aufgaben und Herausforderungen betroffen sind. Diese Maßnahme zielt darauf ab, Kapazitäten zu schaffen, um soziale Benachteiligungen bereits vor dem Schulbesuch zu verringern.

Durch zusätzliches Personal sollen die Erzieherinnen und Erzieher entlastet werden, um mehr individuelle Förderung zu ermöglichen und ein besseres Arbeitsumfeld zu schaffen. Dies umfasst auch den verstärkten Einsatz von gelernten Ergänzungskräften (z. B. Kinderpfleger), weil momentan keine freien Ausbildungskapazitäten gegeben sind.

Zudem muss der Eintritt in das deutsche Bildungssystem unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein. Wir vom BSW fordern, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Partizipationsmöglichkeiten am deutschen Bildungssystem haben. Deswegen gehören die Kosten für Kindertagesplätze abgeschafft.

In Essen werden wir ein umfassendes Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für Schulen und Kitas auflegen. Die Kinder und Jugendlichen brauchen eine ansprechende Lernumgebung, vom Bauraum in der Kita bis hin zum Schulhof. Zudem verdient jedes Kind und jeder Jugendliche einen vollen Magen. Deswegen wollen wir sowohl in Kitas als auch in Schulen kostenloses und gesundes Mittagessen einführen.

Bildung in der Schule

Schule nimmt in jedem Leben eines Heranwachsenden eine herausragende Rolle ein. Sie stellt sowohl einen Ort des Lernens als auch einen Ort der Begegnung dar. Hier werden die Weichen für ein wirtschaftlich und persönlich erfolgreiches Leben gestellt. Deswegen darf der schulische Erfolg nicht von Faktoren wie Geld und Wohnort bestimmt werden, sondern jedes Kind und jeder Jugendliche muss unabhängig von sozialer Herkunft die Möglichkeit

zur Selbstverwirklichung haben. Wir streben eine sozial gerechte Bildung an, bei der die äußeren Faktoren für den Bildungsabschluss nicht von Bedeutung sind.

Vielmehr setzen wir uns für ein Bildungssystem ein, bei dem die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Für ein solches Schulsystem wollen wir auf kommunaler Ebene folgende Kernpunkte umsetzen:

Schulen mit besonderen Herausforderungen müssen auch eine besondere Förderung erhalten. Hierfür braucht es zusätzliche Fördergelder, die nach dem Förderbedarf der einzelnen Stadtteile eingesetzt werden. Der Bedarf muss anhand eines Index über die soziale Zusammensetzung der Stadtteile ermittelt und stetig aktualisiert werden.

Mithilfe der zusätzlichen Fördergelder sollen insbesondere die Schulsozialarbeit und die materielle Ausstattung der Schulen gestärkt werden, um Bildungsbenachteiligungen zu verringern und die Chancengleichheit zu erhöhen. Denn zum einen stellen die Kosten für die Digitalisierung des Schulbetriebs und Bücher zunehmend eine Belastung für viele Familien dar und gefährden die Lernmittelfreiheit in den Schulen. Zum anderen können die Lehrkräfte durch die verstärkte Schulsozialarbeit den Fokus stärker auf das Lehren und Lernen legen. Des Weiteren werden mehr Schulpsychologen und multiprofessionelle Teams benötigt.

Wir streben ein kommunales Bildungssystem an, welches Schüler unterstützt, sobald Probleme auftreten. Im Rahmen dessen drängen wir auf ein kommunales Nachhilfesystem, welches allen Familien Zugang ermöglicht. Hierzu benötigt es Fördergelder, um Schüler auf Basis eines bezahlten Ehrenamtes zu ermutigen, Schüler aus niedrigeren Stufen in Kleingruppen beim erfolgreichen Schulabschluss zu unterstützen.

Wir fordern eine Verringerung der Klassengröße, insbesondere in den sogenannten Brennpunktschulen. Hiermit wird der Situation Rechnung getragen, dass unter anderem durch Zugang und neue Aufgabenbereiche die Anforderungen an die Lehrkräfte und der durchschnittliche Betreuungsbedarf gestiegen sind. Durch diese Maßnahme wird die Fokussierung auf den Leistungsaspekt der Schule gewährleistet, ohne die neuen Aufgaben und Herausforderungen zu vernachlässigen.

Außerdem brauchen wir eine bessere Ausstattung von Schulbibliotheken, um die Lesefreudigkeit der Schüler zu wecken und ihnen lebensnahe Ausleihmöglichkeiten zu geben.

6. Wohnen und Bauen: Bezahlbares Wohnen für alle

Wohnen ist eines der existenziellen Dinge, die uns von der Geburt bis zum Tode begleiten. Es beeinflusst im höchsten Maße unsere Entwicklung und Zufriedenheit im Leben. Daher muss das Vorhandensein von ausreichend Wohnraum zu erschwinglichen Preisen und vernünftiger Qualität ein zentrales Ziel staatlichen Handelns sein.

Doch dank der in Bund und Ländern regierenden Parteien SPD/CDU/Grüne/FDP kam der Wohnungsbau mehr und mehr zum Erliegen. Allein schon der Bestand an Sozialwohnungen hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als halbiert.

Deswegen setzen wir uns für die Schaffung von ausreichend und bezahlbarem Wohnraum ein. Hiermit meinen wir nicht die Schaffung von Luxuswohnungen und für Normalverdiener unbezahlbaren Eigenheimen.

Dies wäre nach heutigem Stand weder finanzierbar noch ökologisch sinnvoll. Das staatliche Handeln muss sich also darauf konzentrieren, Wohnungen für die breite Masse der Bevölkerung zu schaffen. Das aktuelle politische Versagen führt zur Vertiefung der Spaltung in den Essener Norden und Süden. Im Rahmen dessen werden zum einen normal arbeitende Bürger unserer Stadt aus dem Essener Süden verdrängt, weil sie sich das Wohnen dort nicht leisten können. Zum anderen findet eine soziale Homogenisierung der Stadtteile statt, welche wir ablehnen. Auf kommunaler Ebene ergeben sich aus der zurzeit herrschenden prekären Wohnungssituation folgende Forderungen:

Wir streben eine Quote von mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen bei allen neuen Bebauungsplänen an, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dies gilt insbesondere für den Essener Süden. Hierdurch wird die soziale Diversität der einzelnen Stadtteile sichergestellt. Denn niemand sollte gezwungen sein, seinen Stadtteil zu verlassen, weil man eine Lehre anstelle eines Studiums gemacht hat. Zudem fordern wir die konsequente Anwendung und Verschärfung von Mietpreisregulierungen (Mietpreisbremse).

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft wird unser zentrales Instrument zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sein. Der kommunale Wohnungsbestand muss ausgebaut werden und Grundstücke für gemeinwohlorientiertes Bauen müssen gesichert werden.

Innovative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser oder genossenschaftliches Wohnen werden wir fördern.

Zudem darf niemand dafür bestraft werden, dass er seine Wohnfläche verkleinert und damit anderen zur Verfügung stellt. Wechselt ein Eigentümer eine Immobilie und verkleinert dabei die Wohnfläche, befürworten wir finanzielle Unterstützung durch die Stadt.

Wir fordern die Förderung des Bautyps E, der ein vereinfachtes Bauen erlaubt. Dies bedeutet nicht Wohnen zweiter Klasse, sondern preiswerteres Bauen. Anstatt unnötiger teurer Bauvorschriften, wie etwa die achte Steckdose im Kinderzimmer, braucht es bezahlbaren Wohnraum. Durch die Förderung des günstigeren Bauens wird sowohl das Bauen als auch das Mieten günstiger.

Zudem wollen wir eine konsequente Anwendung der Grundsteuer C, um dem Missbrauch durch Spekulation Einhalt zu gebieten. Hierdurch zahlen Eigentümer eine höhere Grundsteuer, wenn sie erworbene Baugrundstücke nicht bebauen.

Für die letzte Phase des Lebens müssen ausreichend Wohnungen für betreutes Wohnen und Pflegeeinrichtungen existieren, welche sich in kleinen Einheiten in allen Stadtteilen befinden, damit niemand im hohen Alter sein gewohntes Lebensumfeld verlassen muss, um eine geeignete Wohnung oder einen Pflegeplatz zu bekommen.

Zusätzlich werden wir uns aktiv für den Erhalt von bestehenden innerstädtischen Grünflächen einsetzen. Denn diese erhöhen die Lebensqualität in den jeweiligen Stadtteilen und stellen einen wertvollen Beitrag zur Umwelt dar. Statt der Bebauung dieser Flächen sollte

die Stadt insbesondere Brachland und ehemalige Industrieflächen für Bebauung in den Fokus nehmen.

Des Weiteren setzen wir uns für ein härteres Vorgehen bei Problem- und Schrottimmobilien ein. Denn zum einen verdient jeder Mensch ein vernünftiges Dach über dem Kopf. Zum anderen wirken sich Problem- und Schrottimmobilien negativ auf das Stadtbild und das Sicherheitsgefühl aus. Diese Immobilien müssen notfalls durch die Stadt gekauft werden.

7. Infrastruktur, Mobilität und Digitalisierung: Die Stadt am Laufen halten

Essen ist für eine Vielzahl komplexer Infrastruktursysteme verantwortlich. Von den Verkehrsnetzen über die Wasserversorgung bis hin zur Abfallentsorgung und den digitalen Netzen. Hier liegen die Herausforderungen unserer Stadt in der Sanierung maroder Infrastruktur, der Organisation einer nachhaltigen Mobilitätswende und der Gestaltung einer smarten, aber lebenswerten digitalen Stadt.

Wir möchten, dass jeder das Verkehrsmittel wählen kann, das er bevorzugt!

Dies gilt sowohl für private als auch für berufliche Zwecke. Es muss jedem Essener möglich sein, das Verkehrsmittel seiner Wahl zu jeder Uhrzeit zu nutzen. Die jahrzehntelange Bevorzugung des Autos führt im Verkehrswesen oftmals zu Einschränkungen, die zu Lasten der anderen Verkehrsmittel gehen. Dabei sollte jedem Autofahrer bewusst sein, dass jeder, der kein Automobil benutzt, einer weniger vor ihm an der roten Ampel oder im Stau ist. Folglich ist dies ein Problem, das nur alle unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer gemeinsam lösen können.

Diesen Leitsätzen folgend fordern wir einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Dieser Ausbau muss sowohl die Anzahl der Linien als auch die Taktfrequenz betreffen. Um dies zu finanzieren, müssen wir individuelle Lösungen der Verkehrsbetriebe, wie etwa das Bussi-Projekt, einstellen. Denn statt einer städtisch subventionierten Konkurrenz zu Taxiunternehmen braucht es ein Monatsticket, welches alle Angebote ohne zusätzliche Kosten enthält. Zudem begreifen wir das Ruhrgebiet als eine Verkehrsmetropole. Deswegen bedarf es einer Vereinheitlichung bezüglich der Verkehrsapps im VRR-Gebiet, um unnötige Kosten einzusparen. Des Weiteren fokussieren wir die stärkere Vernetzung des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs zwischen den Städten.

Bezüglich des Verkehrsmittels Fahrrad setzen wir auf den Ausbau und insbesondere die Vernetzung bestehender Fahrradwege. Es soll jedem Fahrradfahrer möglich sein, ohne Gefahren an das andere Ende der Stadt zu gelangen. Infolgedessen wollen wir bei Straßenrenovierungen die Möglichkeit der Trennung des Fahrradverkehrs durch Bordsteinerhöhungen prüfen.

Doch auch die Fußgänger dürfen in der Verkehrsplanung nicht übersehen werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des steigenden Bevölkerungsanteils an älteren Menschen muss gewährleistet sein, dass alle Bürgersteige trotz parkender E-Scooter und Autos mit einer Gehhilfe oder einem Rollstuhl nutzbar sind.

Die Anwohner von dicht befahrenen Straßen, wie der Gladbecker Straße, warten zum Teil seit Jahrzehnten auf die versprochenen Entlastungen von Lärm, Geschwindigkeitsüberschreitungen und Feinstaub. Wir werden solche Probleme durch kontrollierte Geschwindigkeitsbegrenzungen, Flüsterasphalt und Bepflanzungen angehen.

Zusätzlich müssen Straßen und Brücken saniert werden und die Instandhaltung muss gewährleistet sein. Zudem braucht es einen schnellen und flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser. Einen verpflichtenden Ausbau auf Kosten der Mieter, wie von Teilen der CDU auf Bundesebene gefordert, lehnen wir ab.

Städtische Versorgungsunternehmen (Stadtwerke) sollen gestärkt und in öffentlicher Hand bleiben, um eine sichere, bezahlbare und zunehmend ökologische Versorgung mit Energie und Wasser zu gewährleisten. Die Abfallwirtschaft muss konsequent auf Vermeidung und Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Digitale Angebote der Stadtverwaltung sollen ausgebaut werden, ohne den persönlichen Service zu vernachlässigen („Smart City“ mit Augenmaß).

8. Sicherheit und Ordnung: Für ein sicheres Leben in allen Quartieren

Immer mehr Menschen in unserer Stadt nehmen eine zunehmende Kriminalität und Unsicherheit wahr.

Diesen Zustand dürfen wir nicht einfach hinnehmen, denn kein Essener soll Angst haben, sich im öffentlichen Raum frei zu bewegen. Deswegen dürfen wir im Bereich der Kriminalität nicht wegschauen, sondern müssen sie aktiv bekämpfen. Das BSW steht für eine Politik, welche Sicherheit und Freiheit gleichermaßen gewährleistet.

Um dieser wachsenden Unsicherheit zu begegnen, setzen wir auf eine höhere Anzahl an Sicherheits- und Ordnungskräften. Dadurch können Straftaten, etwa im Gegensatz zur Kameraüberwachung, geahndet werden und somit kann die Sicherheit erhöht werden. Zudem dienen Ordnungs- und Sicherheitskräfte als Ansprechpartner vor Ort. Durch die stärkere Präsenz rücken Problemstellungen, insbesondere in den Außenbezirken der Stadt, in den Fokus.

Dies umfasst ein weiteres Problem in unserer Stadt. Die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Vermüllung. Wir können dieses Problem nicht einfach weiter hinnehmen. Wir wollen der Vermüllung zum einen durch höhere Bußgelder begegnen, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Zum anderen brauchen wir mehr Wertstoffhöfe in den Außenbezirken. Dadurch würde die Entsorgung von Schadstoffen und größeren Mengen an Abfall erleichtert werden. Zusätzlich benötigt es eine höhere Frequenz der Straßenreinigung, um unsere Straßen sauber zu halten und somit das Stadtbild und das Wohlbefinden in der Stadt zu verbessern.

Neben einer höheren Anzahl an Ordnungs- und Sicherheitskräften braucht Essen eine präventive Jugendarbeit und mehr Streetworker als Ansprechpartner für Obdachlose, Drogenabhängige und Jugendliche in prekären Situationen. Denn wir müssen die Probleme direkt angehen und präventiv bekämpfen, anstatt die betroffenen Menschen in die Außenbezirke zu verdrängen oder unnötige Repressionen anzuwenden.

In Essen werden wir uns zusätzlich für eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Feuerwehr (sowohl Berufsfeuerwehr als auch freiwillige Feuerwehr) einsetzen. Denn sie muss modern ausgestattet sein, um ihre unverzichtbare Arbeit durchzuführen.

9. Kultur und Ehrenamt: Vielfalt fördern, Engagement stärken

Essen hat Verantwortung für eine Vielzahl von kulturellen Einrichtungen. Dies umfasst Theater, Museen, Orchester, Bibliotheken und die lebendige freie Szene.

Das BSW will die kulturelle Vielfalt von Essen erhalten und fördern. Dazu gehört die planungssichere Finanzierung der städtischen Kultureinrichtungen und insbesondere die gezielte Unterstützung der freien Szene und soziokultureller Zentren.

Wir fordern mehr Unterstützung für öffentliche Kulturveranstaltungen. Mit Sorge betrachten wir das Wegfallen kostenloser Kulturveranstaltungen im gesamten Ruhrgebiet. Diese stellen einen wertvollen Beitrag zur Begegnung und Vernetzung unterschiedlicher sozialer Gruppen dar und locken Menschen aus anderen Städten nach Essen. Die Teilnahme an Kulturveranstaltungen darf nicht am Geldbeutel scheitern. Deswegen planen wir, besonders jene Veranstaltungen finanziell zu unterstützen, bei denen der Eintritt für Besucher kostenlos oder sehr gering ist. Dabei dürfen keine Arbeitsplätze durch Ehrenamt ersetzt werden.

Zusätzlich setzen wir bei der Kulturförderung auf eine Stärkung der freien Szene. Denn diese bildet mit ihrer Angebotsvielfalt die gesellschaftliche und kulturelle Vielschichtigkeit unserer Stadt ab. Dennoch gilt es bei der Förderung zu beachten, dass diese Stärkung keiner NGO-Finanzierung über Umwege gleicht. Hierfür benötigt es klare und transparente Regelungen für die städtische Förderung. Denn wir wollen die Vielschichtigkeit unserer Stadt auch kulturell abbilden und nicht politischen Aktivismus staatlich finanzieren.

Das ehrenamtliche Engagement verdient mehr Anerkennung und bestmögliche Unterstützung durch die Stadt. Vielmehr braucht es gute Rahmenbedingungen, eine zentrale Anlaufstelle und öffentliche Anerkennung.

Städtische Bibliotheken müssen stärker unterstützt werden und Stadtteilzentren als Orte der Begegnung gefördert werden. Des Weiteren wollen wir die Einführung eines städtischen Preises für zivile Friedensförderung prüfen.

10. Bürgerbeteiligung und Verwaltung: Demokratische Stadt gestalten

Die Stadtverwaltung muss effizient, transparent und bürgernah sein. Politische Entscheidungen müssen transparent sein und alle Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Gestaltung der Stadt einzubringen. Infolgedessen wollen wir jenen Menschen eine Stimme geben, die nicht gehört werden, uns für die Interessen aller

Einwohner einsetzen und jedem Bürger die Möglichkeit geben, sich an der Mitgestaltung unserer Stadt zu beteiligen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass seit Corona das Vertrauen in die deutsche Politik einen Tiefpunkt erreicht.

Basierend auf diesem Anspruch stellen wir das Wohl der Stadt Essen über unsere eigenen Befindlichkeiten. Dementsprechend werden wir unsere Zustimmung zu Anträgen nicht vom Antragssteller abhängig machen, sondern vom Inhalt.

Zudem setzen wir uns für eine verstärkte Kommunikation und einen besseren Informationsaustausch zwischen den Bürgern und der Kommunalpolitik ein, damit sich jeder Essener über die kommunalpolitischen Vorgänge seiner Stadt transparent, schnell und einfach informieren kann. Dies umfasst verständliche Sprache anstatt Bürokratendeutsch und Gendersprache.

Weitergehend wollen wir als BSW allen Einwohnern die Möglichkeiten geben, sich in die Entwicklung der Stadt, Bezirke und Stadtteile einzubringen. Denn niemand kennt die Vorgänge, Nöte und Bedürfnisse vor Ort besser als die Bürger selbst. Dieses Potenzial muss genutzt werden, um die Lebensrealitäten in den Stadtteilen, in den Bezirken und in der gesamten Stadt zu verbessern. Im Rahmen dessen fordern wir deutlich mehr Bürgerentscheide und andere Formen der gesellschaftlichen Mitgestaltung.

Für eine bürgernahe Verwaltung ist zudem der Bürokratieabbau von Bedeutung. Verfahren müssen vereinfacht werden. Zudem sollen städtische Dienstleistungen sowohl analog als auch digital verfügbar sein.

11. Flucht und Integration: Herausforderungen annehmen, Zusammenhalt fördern

Insbesondere die Migration seit 2015 stellt Essen vor besondere Herausforderungen. Dies gilt sowohl für den sozialen Frieden als auch für Belastungen der städtischen Infrastruktur, wie dem Wohnungsmarkt, dem Bildungssystem und dem Gesundheitssystem. Gleichwohl bringt Migration große Chancen für die Vielfalt der Stadt. Deswegen braucht es eine realistische Integrationspolitik, welche Kapazitäten anerkennt und Überforderung vermeidet.

Insbesondere vor dem Hintergrund der ungleichen Lastenverteilung fordern wir für besonders betroffene Stadtteile stärkere finanzielle Unterstützung. Diese Unterstützung soll zum einen in Integrationsangebote fließen und zum anderen in die städtische Infrastruktur. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund fehlender Kita- und Schulkapazitäten, welche für eine erfolgreiche Integration unabdingbar sind.

Zudem benötigt Essen eine faire Lastenverteilung, welche bestehende Problematiken und Integrationshemmnisse mitbedenkt. Hierfür bedarf es zum Beispiel der Verteilung von asylsuchenden Familien hin zu jenen Stadtteilen, welche unter anderem eine geringere Belastung der Schul- und Kitakapazitäten haben. Hierdurch würde die Integrationsfähigkeit unserer Stadt erhöht werden.

Jedoch sehen wir auch die Probleme bei der Integration und die bestehenden Probleme dürfen nicht zusätzlich vertieft werden. Deswegen sprechen wir uns gegen die zusätzliche

freiwillige Aufnahme von Asylsuchenden aus. Essen hat in den vergangenen Jahren mehr Personen aufgenommen als vom Land NRW als Mindestanzahl vorgeschrieben.

Die Unterbringung von Flüchtlingen muss fair finanziert werden. Dafür bedarf es ausreichend Mittel vom Bund und vom Land. Denn die menschenwürdige Unterbringung der hier lebenden Flüchtlinge muss sichergestellt werden, ohne den klammen Haushalt der Stadt zusätzlich zu belasten. Dadurch soll zudem sichergestellt werden, dass in Zukunft keine Zweckentfremdung von Sport- oder Gemeinschaftseinrichtungen zur Unterbringung stattfindet.

Wir wollen Menschen mit einer Bleibeperspektive schnellstmöglich integrieren. Um dies zu erreichen, benötigen wir verpflichtende Deutschkurse und frühkindliche Sprach- und Bildungstests. Es bedarf einer effektiveren Koordination zwischen den zuständigen Ämtern und Behörden.

Zudem setzen wir uns für eine intensivere Kooperation mit dem Jobcenter ein, um die Arbeitsvermittlung effizienter zu gestalten. Denn wir sehen bei Erwachsenen die Arbeit als den Schlüssel zur Integration an. Vor diesem Hintergrund bedeutet die hohe Erwerbslosigkeitsquote ein doppeltes Problem. Zum einen verhindert sie die Integration durch weniger Kontaktpunkte mit länger ansässigen Personen, zum anderen belastet die hohe Quote an Sozialhilfeempfängern den Haushalt unserer Stadt.

Das Integrationshemmnis der fehlenden Arbeit findet sich auch bei Personen mit einem generationsübergreifenden Duldungsstatus. Wir wollen Menschen mit einem generationsübergreifenden Duldungsstatus sowohl die Integration in den Arbeitsmarkt als auch in die Gesellschaft ermöglichen. Anstatt Perspektivlosigkeit zu fördern, gehört Integrationswilligkeit unterstützt. Im Rahmen dessen setzen wir uns für die Stärkung des Essener Modells ein.

Das BSW fordert, den interkulturellen Dialog zu stärken. Denn hierdurch werden Vorurteile abgebaut. Wir stellen uns entschieden gegen Rassismus und Diskriminierung.

Zugleich fordern wir, bei fehlendem Integrationswillen und Kriminalität den vollen Rechtsrahmen zu nutzen, um unsere Stadt sicherer zu machen.

12. Gleichberechtigung und Frauenrechte

Auch wenn die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen bereits mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz verankert wurde, ist dies in der Lebensrealität vieler Frauen nicht angekommen. Wir als BSW Essen formulieren an dieser Stelle klar und deutlich: Gleichberechtigung darf nicht verhandelbar sein. Gesellschaftskonzepte, welche die Freiheit von Frauen einschränken, müssen entschieden abgelehnt werden. Hierfür muss bereits im Kindergarten und in Schulen Bewusstsein geschaffen werden. Deswegen soll in Kindergärten, Schulen, Integrationskursen und sozialen Einrichtungen proaktiv über Gleichberechtigung und das Recht auf Selbstverwirklichung informiert werden.

Zudem fordern wir einen stärkeren Fokus auf den Schutz vor häuslicher Gewalt in der kommunalen Politik. Es ist erschreckend, dass Essen keine 20 Prozent der Frauenhausplätze nach der Istanbul-Konvention und den Empfehlungen des Europarats erreicht. Kein Mensch in Not sollte abgewiesen werden oder gezwungen sein, in eine andere Stadt zu ziehen, um sich vor häuslicher Gewalt zu schützen. Stattdessen gehören die Täter bestraft.

Zusätzlich bedarf es ausreichender Kita- und Ganztagschulplätze, welche materiell und personell gut aufgestellt sind. Denn eine gute Kita- und Schulpolitik unterstützt Frauen in ihrer Gleichstellung und Unabhängigkeit, weil dadurch die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit geschaffen wird.

Schlusswort: Gemeinsam für unsere Stadt Essen

Das Bündnis Sahra Wagenknecht steht für eine Politik der Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes. Wir wollen ein Essen, das für alle ihre Bürgerinnen und Bürger lebenswert ist – eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, guten Arbeitsplätzen, hervorragender Bildung, funktionierender Infrastruktur, intakter Umwelt und starkem sozialen Zusammenhalt. Wir wollen eine Politik, die zuhört, Probleme klar benennt und pragmatische Lösungen findet.

Wir setzen auf **Vernunft statt Ideologie**, auf **Gerechtigkeit statt Klientelpolitik** und auf **Dialog statt gesellschaftlicher Spaltung**. Dieses Programm ist unser Angebot für eine bessere Zukunft unserer Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!